Nr. 1/2024
Ein Newsletter von HessenChemie

HESSENCHEMIE

Pluspunkte

IN DIESER AUSGABE

Seite 2
Bürokratieabbau
Vorstandsvorsitzender Oliver Coenenberg fordert eine industriefreundliche Politik

Seite 3
Europaarbeit
Mitgliedsunternehmen können bei der Europaarbeit des Verbandes mitwirken

Seite 4
Fachkräftemangel
Ein EU-Programm hilft bei der Suche nach qualifiziertem Nachwuchs

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine starke Wirtschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für eine prosperierende Europäische Union – und damit auch für ein soziales und friedliches Europa. Dies müssen wir uns insbesondere mit Blick auf die im Juni 2024 bevorstehenden Europawahlen bewusst machen. Denn diese Wahlen werden darüber entscheiden, welche Parteien im Europäischen Parlament die Politik maßgeblich mitgestalten werden.

Um Europa zu stärken, gilt es, nationalistische Tendenzen zu stoppen und die Akzeptanz für die Europäische Union in der Bevölkerung zu erhöhen. Damit das gelingt, muss die EU sich klarer auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Das heißt unter anderem: Überregulierung vermeiden, Bürokratie abbauen, das Subsidiaritätsprinzip einhalten und den europäischen Heimatmarkt konkurrenzfähig aufstellen.

Wie HessenChemie sich dafür einsetzt und wie Sie sich dabei einbringen können, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Ihr
Dirk Meyer
Hauptgeschäftsführer HessenChemie

Im Dialog mit Europa

Von der Vorstandsebene über den Steuerkreis Europa, Expertengespräche in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel bis hin zu Fachmeldungen und Statements befasst sich HessenChemie mit dem Thema „Europa“. Weil immer mehr Entscheidungen auf der europäischen Ebene relevant sind, vertritt der Verband die Interessen seiner Mitgliedsunternehmen nicht nur in Wiesbaden, sondern auch im politischen Brüssel.

Der Fachkräftemangel und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie standen im Mittelpunkt des Europa-Dialogs, der im November auf Einladung von HessenChemie im Wiesbadener Kurhaus stattfand. Vorstand und Geschäftsführung des Verbandes diskutierten mit Joost Korte, Generaldirektor für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission, und der hessischen Europaministerin Lucia Puttrich, wie die politischen Rahmenbedingungen für die Industrie verbessert werden können.

Fortsetzung auf Seite 2

Beim Europa-Dialog des Vorstandes von HessenChemie kamen die Interessen der Mitgliedsunternehmen zur Sprache – unter anderem mit der hessischen Europaministerin Lucia Puttrich (1. Reihe Mitte) und dem Generaldirektor der EU-Kommission Joost Korte (1. Reihe li.).

Fortsetzung von Seite 1

HessenChemie-Vorstandsmitglieder Jürgen Rings (Pensionskasse der Mitarbeiter der Hoechst Gruppe, li.) und Kerstin Oberhaus (Evonik) sowie Hauptgeschäftsführer Dirk Meyer (r.) im Austausch mit dem Landtagsabgeordneten Ingo Schon (CDU).

Das Thema Qualifizierung von Beschäftigten habe in seinem Verantwortungsbereich derzeit höchste Priorität, um die Belegschaften fit für die Transformation zu machen, betonte Joost Korte, höchstrangiger Verwaltungsbeamter der Generaldirektion für Beschäftigung. Korte stellte die Bedeutung des Themas aus Sicht der EU heraus: „Unser Ziel ist es, dass bis 2030 mindestens 60 Prozent aller Erwachsenen jährlich an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen können." Um dies zu ermöglichen, habe die Kommission unter anderem den „Pakt für Kompetenzen" auf den Weg gebracht.

Die hessische Europaministerin Lucia Puttrich betonte, dass man sich auf Landesebene bewusst sei, dass die Unternehmen neben dem Fachkräftemangel auch vor weiteren zentralen Herausforderungen stehen: darunter die Dekarbonisierung der Industrie, die Digitalisierung sowie die wirtschaftlichen Folgen einer Deglobalisierung. Die künftige Regierung in Hessen werde auch in Brüssel darauf hinarbeiten, wirtschaftsförderliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen.

Hauptgeschäftsführer Dirk Meyer appellierte an die beiden Gastredner sowie an den ebenfalls anwesenden hessischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker: „Die Unternehmen brauchen mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger Regulierung." Er erinnerte an das „One in, one out"-Prinzip, nach dem bürokratischer Aufwand, der durch neue Vorschriften entsteht, an anderer Stelle reduziert werden müsse: „Das kommt deutlich zu kurz", so Meyer.

Häufig gewinne man den Eindruck, dass die handelnden Akteure in Brüssel sehr weit von der betrieblichen Praxis entfernt seien und deswegen Regelungen, insbesondere für den Mittelstand, zu kompliziert gestaltet würden. „Die Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis sind daher grundlegend für die Folgenabschätzung von Gesetzgebungsverfahren", führte Meyer weiter aus. Deshalb trete HessenChemie stets frühzeitig in den Dialog mit der Politik und lade Mitgliedsunternehmen ein, sich aktiv einzubringen. Mit Blick auf die anstehenden Europawahlen unterstrich Meyer: „Als Arbeitgeber sprechen wir uns für ein demokratisches und zugleich wirtschaftlich starkes Europa aus! Damit dies weiterhin ein Erfolgsmodell bleibt, sind allerdings Veränderungen nötig." ■

Oliver Coenenberg ist Geschäftsführer Personal und Organisation sowie Arbeitsdirektor der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH und seit 2020 Vorstandsvorsitzender von HessenChemie.

Heimatmarkt Europa

Drei Fragen an Oliver Coenenberg, Vorstandsvorsitzender von HessenChemie

1› Welche Rolle spielt der europäische Binnenmarkt für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen?

Er ist von unschätzbarem Wert. Unsere Branche ist der umsatzstärkste Industriezweig des verarbeitenden Gewerbes in Hessen. Der Exportanteil liegt bei 64 Prozent, davon gehen rund 54 Prozent ins europäische Ausland. Europa ist also unser Heimatmarkt. Aber aktuell steht dieses Erfolgsmodell auf der Kippe: Hohe Energiekosten, überbordende Regulierungsdichte und Bürokratie sowie Fachkräftemangel belasten unsere Unternehmen. Hinzu kommen der Transformationsdruck sowie geopolitische Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten.

Mitarbeit erwünscht

Telework-Richtlinie, Europäische Betriebsräte-Richtlinie, Initiative zu hochwertigen Praktika, umfassende Dokumentationspflichten in puncto Nachhaltigkeit und bei betrieblichen Auslandsaufenthalten – HessenChemie tritt stets für Subsidiarität und Bürokratieabbau in der EU ein. Die Beteiligung von Mitgliedsunternehmen ist ausdrücklich erwünscht und wichtig.

Die EU-weite Regulierung in der Arbeits- und Sozialpolitik nimmt ständig weiter zu. Und gleichzeitig wächst der Belastungsdruck auf die Unternehmen. Daher engagiert sich HessenChemie nicht nur in Wiesbaden, sondern auch auf EU-Ebene immer wieder für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Beispielsweise im „Steuerkreis Europa“: Zweimal pro Jahr lädt HessenChemie Mitgliedsunternehmen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Hessischen Staatskanzlei, des hessischen Wirtschafts- und Sozialministeriums, des BAVC und der hessischen Landesvertretung in Brüssel zum Austausch über aktuelle Themen der europäischen Gesetzgebung ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer treffen sich jeweils entweder im Verband, in der Staatskanzlei oder auch in Betrieben vor Ort.

Im Dezember diskutierte Hauptgeschäftsführer Dirk Meyer (rechts) in Brüssel mit Dr. Max Uebe, Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission (links), über die Digitalisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt (Bildmitte: Hendrik Kafsack/FAZ; Moderation).

Halbjährlich findet zudem das „Expertengespräch zur Europäischen Sozialpolitik“ in Brüssel statt. Dann steht der Austausch mit Repräsentanten aus EU-Rat, -Kommission und -Parlament sowie Mitgliedsunternehmen im Mittelpunkt. Themen sind künftige Verordnungen und Richtlinien wie auch deren Auswirkungen auf die betriebliche Praxis. Ziel ist es, dass die Europäische Union den Betrieben und Sozialpartnern ausreichend Gestaltungsspielraum lässt und, wenn überhaupt, nur Mindeststandards setzt. Denn die EU-Kommission kündigte mit ihrem Arbeitsprogramm für 2024 zwar eine Reduktion von Berichtspflichten um 25 Prozent an. Die kürzlich erzielte Einigung zur EU-Lieferkettenrichtlinie lässt dagegen weitere massive bürokratische Kosten für die Unternehmen befürchten.

„Alle diese Formate leben nicht zuletzt davon, dass Mitgliedsunternehmen ihre Anliegen einbringen, die wir dann als Fallbeispiele aus der Praxis vortragen können“, sagt Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer von HessenChemie. „Wir freuen uns deshalb über rege Beteiligung der Unternehmen.“ ■

2 › Welchen Handlungsbedarf sehen Sie auf Seiten der Europäischen Union – auch im Angesicht der bevorstehenden Europawahl?

Die EU muss umsteuern in Richtung einer industriefreundlichen Politik. Der zunehmende Bürokratismus steht einem offenen und investitionsfreundlichen Binnenmarkt diametral entgegen. Wir schwächen damit unsere Wachstumskräfte und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Mit Blick auf die konkurrierenden Wirtschaftsräume in Nordamerika und Asien dürfen wir hier keine Zeit mehr verlieren. Das gilt insbesondere für die immer stärkeren Vorgaben der EU in der Arbeits- und Sozialpolitik.

3 › Woran denken Sie hier konkret?

Negativbeispiele gibt es genug, etwa die Mindestlohnrichtlinie, die Lohntransparenzrichtlinie oder die aktuelle Überarbeitung der Europäischen Betriebsräte-Richtlinie. Dabei ist vieles auf nationaler Ebene längst geregelt. Die EU-Vorgaben überfordern unsere Unternehmen. 80 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen beschäftigen bis zu 500 Personen in ihren Betrieben. Gerade sie müssten entlastet werden – anstatt den Mittelstand beispielsweise durch eine umfassende Nachhaltigkeitsregulierung oder die bevorstehende Lieferketten-Richtlinie immer weiter zu belasten. Das „Think Small First“-Prinzip sollte bei der Ausarbeitung neuer Rechtsakte wieder mehr Beachtung finden.

Geförderter Austausch

Das Förderprogramm Erasmus+ der Europäischen Union unterstützt Unternehmen, die Praktika für Auszubildende aus den europäischen Nachbarstaaten anbieten.

Wie so oft ist auch hier der Austausch einer der Schlüssel zum Erfolg: Um angehende Fachkräfte aus europäischen Nachbarstaaten auf Karrierechancen in der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Hessen aufmerksam zu machen, arbeitet HessenChemie mit unterschiedlichen Partnern zusammen. Einer davon ist die Kroatische Wirtschaftsvereinigung in Deutschland (KWVD).

Auf Anfrage der KWVD vermittelte HessenChemie im Frühjahr 2023 eine Auszubildende aus Kroatien in das Mitgliedsunternehmen Vibrantz GmbH in Frankfurt. Im Rahmen von Erasmus+ durchlief die 17-jährige angehende Chemielaborantin verschiedene Abteilungen im Betrieb. In der ersten Woche war die Praktikantin in der Ausbildungsabteilung des Unternehmens eingeteilt, in ihrer zweiten Woche arbeitete sie in der Qualitätssicherung und in der dritten Woche wurde sie schließlich in der Abteilung Analytik eingesetzt. Die Zusammenarbeit verlief ausschließlich auf Englisch. Im Anschluss daran zog Martina Peglow, Ausbilderin bei Vibrantz GmbH, eine ausgesprochen positive Bilanz: „Erasmus+ bildet eine für beide Seiten gewinnbringende Erfahrung – für die jungen Menschen ebenso wie für die Arbeitgeber.“ ■

Ausbilderin Martina Peglow hat mit dem Förderprogramm Erasmus+ gute Erfahrungen gemacht.

Tipp **Erasmus+** unterstützt **Praktika für Auszubildende in Unternehmen**. Sie werden entweder an einem Arbeitsplatz oder in einer anderen Einrichtung für Berufsbildung mit berufspraktischen Lerneinheiten für eine Dauer von bis zu zwölf Monaten eingesetzt. Weiterführende Informationen finden sich unter www.erasmusplus.de.

TERMINE 2024

Termin Das nächste **Expertengespräch zur Europäischen Sozialpolitik** widmet sich der Frage, welche Erwartungen die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie an das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2024 richten. Mitgliedsunternehmen sind herzlich eingeladen: **6. März 2024 von 13.00 bis 14.30 Uhr** in der Vertretung des Landes Hessen in Brüssel. Eine Aufzeichnung des vergangenen Expertengesprächs zum Thema „Die digitale Dekade in der Wirtschafts- und Arbeitswelt gestalten“ finden Sie unter beigefügtem QR-Code (ab Min. 16.50).

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Jürgen Funk
Redaktion:
Dr. Ute Heinemann
(Kommunikation + Coaching, Frankfurt)
Petra Diener, Jürgen Funk,
Daniel Schrapp (alle HessenChemie)
Layout: Q GmbH, Wiesbaden
Fotos: Eric Berghen, Ivgenia Möbus
Kontakt: Jürgen Funk
Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V. (HessenChemie)
Murnaustraße 12, 65189 Wiesbaden
Telefon 0611 7106-49, Mobil 0162 2710649
funk@hessenchemie.de
www.hessenchemie.de

HESSENCHEMIE